

10563

Schweiz

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern) Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich) Kretz Annoncen AG (Feldme)

Die Zeichen stehen auf Sturm



Mit der Neat und der «Bahn 2000» stehen gewaltige Bauprojekte an. Die Frage nach Bedarf und Finanzierung ist gestellt.

Droht nach dem Furl tunnel mit «Bahn 200 ein zweites, mit Neat e drittes Debakel? Die Zeichen bei der Debatte u den Bericht «Bahn 200 stehen jedenfalls z Sturm. Dazu kommt e neu aufgebrochene D kussion um die Ne Auch wenn dem Bundesrat attestiert wird, dass er mit dem Bericht «Bahn 2000» noch rechtzeitig die Notbremse gezogen und bei der Neat gute Führungsarbeit geleistet hat, so ist doch jetzt eine Gesamtsicht der anstehenden Probleme überfällig.

AMK. Wird nach dem Furka-tunnel auch die «Bahn 2000» als Debakel in die Geschichte eingehen? Gesellt sich dazu die Neat als weiteres negatives Beispiel falscher Versprechungen?

Unsere Verkehrspolitik beruht grösstenteils auf Pump. Die FDP hat schon mehrfach verlangt, dass die anstehenden Probleme von Schiene und Strasse in eine Gesamtsicht gebracht werden. Die neu aufgeflamnte Diskussion um Bau und Finanzierung der Neat hat den Stein ins Rollen gebracht. Namhafte FDP-Politiker bemängeln, dass der Bundesrat nur die Frage der 15 Benzinnappen aufgeworfen hat, statt die finanziell desolante Situation der SBB gesamthaft anzupacken.

Ein Zeichen des wachsenden Unmuts ist, dass die Fraktion an ihrer vorseSSIONalen Sitzung den Bericht des Bundesrates zu «Bahn 2000» zurückgewiesen hat.

Anfang Mai wird die FDP-Fraktion an einem Seminar eine gründliche Lagebeurteilung vornehmen. Es ist höchste Zeit dazu.

Wahljahr



Am 22. Oktober 1995 ist es soweit. Die FDP ist für die eidgenössischen Wahlen nicht erst seit heute gerüstet. Bereits im September 1994 konnte die Partei anlässlich ihres hundertsten Geburtstages in Olten auf ihren Leistungsausweis zurückblicken und öffentlich demonstrieren, dass sie heute und morgen bereit und in der Lage ist, die Schweiz im Sinne des Liberalismus prägend mitzugestalten. Als glaubwürdige und kompetente Problemlöserin auftreten heisst die Devise. – Lesen Sie ab Seite 5

Inhalt

- Was vereint, was trennt das bürgerliche Lager? Lesen Sie auf Seite **7**
- Neat: drei Fragen an drei Politiker. Die Antworten finden Sie auf Seite **9**
- Über Europas Verantwortung macht sich Nationalrat Bühler Gedanken ab Seite **10**

Mehr auf Seite 9



SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK HALMWYSTRASSE 15 3003 BERN 61-8470011 232

Gefahr rechtsextremistischen Terrors ist gewachsen

Die Propaganda der Neonazis ist zwar plump-primitiv, aber offenbar zunehmend populär. Deutsche Verfassungsschutzbehörden sind der Ansicht, «dass künftig mit einem intelligenteren rechtsextremistischen Terrorismus als bisher zu rechnen sei, da Elemente des Nationalsozialismus mit Erfahrungen des linksextremistischen Terrorismus kombiniert würden».

Die gefährlichste neonazistische Propaganda gelangt heute aus den USA nach Westeuropa. Für die deutschen Verfassungsschützer ist es denkbar, dass einzelne (deutsche) Neonazis «(...) zur Überzeugung gelangen können, dass der politische Kampf nur noch in Form eines bewaffneten Untergrundkampfes durchgeführt werden kann». Die langjährigen Erfahrungen mit dem linksextremistischen Terrorismus zeigten, dass theoretische Erörterungen über den bewaffneten Kampf nahezu zwangsläufig in die Praxis umgesetzt wurden.

Geschichtliche Verzerrungen und Unwahrheiten haben zugenommen wie auch die verleumderischen Angriffe gegen die demokratischen Staatswesen. Der Holocaust, die Vernichtungslager der deutschen Nazis während des Zweiten Weltkrieges werden beharrlich geleugnet. Der deutsche Volks(ver)-Führer Adolf Hitler wird verherrlicht. Die Situation in der Schweiz und in den USA lässt sich wie folgt darstellen:

Schweiz

Die Monatsschrift «Eidgenoss» erschien 1994 in sechs Ausgaben, wobei ab Oktober dem Herausgeber, Max Wahl in Winterthur, wohl wieder grössere Finanzmittel zur Verfügung standen. Wie schon früher wurde die Hitler-Zeit glorifiziert, der Holocaust abgestritten oder verharmlost.

Der «Eidgenoss» bekämpfte das Antirassismus-Gesetz. Ende Dezember gab Wahl das Einstellen seiner Zeitschrift bekannt. «Unser Kampf gegen das Polit-

Verbrechertum, gegen Geschichtsfälschung und vor allem gegen die ewige Verleumdung unseres grossen deutschen Brudervolkes hat vor allem jene Kreise in Aufregung versetzt, die für die weitere Besetzung Deutschlands durch amerikanische Truppen, für die besetzungskommissarische Macht bestimmter Juden und für die unaufhörliche Abschöpfung des deutschen Fleisses zugunsten jüdischer Interessen verantwortlich sind. (...) Die Staatsmacht eskaliert zunehmend zu physischen Übergriffen. In Deutschland sitzen über hundert Patrioten in den Gefängnissen. (...) Das ist Demokratie.»

Ungewiss ist derzeit, ob der in Lausanne lebende Gaston-Armand Amaudruz seine Tätigkeit einstellen wird oder nicht. Durchaus möglich wäre auch eine Flucht nach Spanien. In seinem vielfältigen Monatsbulletin «Courier du Continent» diffamiert er das demokratische System in der westlichen Welt.

Amaudruz bietet in seinem Blatt vor allem Nazibücher aus der Zeit bis 1945 in deutscher und französischer Sprache an. Und es wird behauptet, es gebe eine elektronische Vernetzung der Neonazis und Rechtsradikalen in der Schweiz mit den Gesinnungsgenossen in Deutschland.

USA

Die gefährlichste neonazistische Propaganda kommt von der «Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation» (NSDAP/AO) in Lincoln nach Westeuropa,

vor allem in die Bundesrepublik Deutschland. Das gilt sowohl hinsichtlich der verbreiteten Menge als auch ihres sicherheitsgefährdenden Inhalts. Ihr «Propagandaleiter» und faktischer Führer ist Gary Rex Lauck (42), der sich gern – fälschlicherweise – als Deutscher mit dem Namen «Gerhard» ausgibt. Sein alle zwei Monate erscheinender «NS-Kampfruf» glorifiziert die Hitler-Zeit. Sicherheitspolitisch bedenklich ist die Artikelserie «Eine Bewegung der Waffen», die Überfälle, Geiselnahmen, Sabotage und auch Attentate propagiert.

Der nächste Schritt, die «Gewaltsame Sabotage», zielt beispielsweise auf eine Störung des Nachrichten- und Transportwesens ab. «Anlagen zur Energieerzeugung bedeuten für das System überaus grosse Schwachstellen. Die erzwungene Abschaltung eines Kernkraftwerkes kann man sich durchaus als wirkungsvoll vorstellen.»

Unter Zitierung entsprechender Publikationen der linksextremistischen (deutschen) Rote Armee Fraktion (RAF) werden auch Morde gerechtfertigt: «Das Attentat ist für den Werwolf die einzige Möglichkeit einer Art von Rechtsprechung im weitesten Sinn. Die Exekution von Verrätern (...) ist für den Werwolf aber unerlässlich und überdies legitim. Wir sind das Recht, weil wir der Staat von morgen sind!» Lauck verweist gerne auf finanzielle Zuwendungen aus Südamerika, aus Saudiarabien.

Die Auflage des deutschsprachigen «NS-Kampfrufs» wird auf «mehr als 20 000» geschätzt. Der Versand erfolgt per Post von verschiedenen Städten der USA mit wechselnden Handschriften und Schreibmaschinen und unterschiedlichen Briefumschlägen. Ein Teil der Auflage geht nach Frankreich, wo der «NS-Kampfruf» strafrechtlich nicht geahndet wird, und kommt dann mit

Lastwagen in die Bundesrepublik Deutschland. Offensichtlich tonnenweise schleust die «NSDAP/AO» ihre Klebzettel und Flugblätter mit neonazistischen und antisemitischen Parolen auch nach Österreich und neuerdings in die Schweiz ein.

«Superterrorist»

Offenbar wird sich die Welt bald auch noch mit einem neuen Terroristentyp auseinandersetzen müssen. Dieser künftige «Superterrorist» wird laut Marvin Cetron über biologische, chemische und Nuklearwaffen verfügen. Cetron leitet die «Forecasting International Ltd.» in Arlington im amerikanischen Bundesstaat Virginia. Er hat für das amerikanische Verteidigungsministerium einen Bericht über dereinst denkbare Bedrohungen erstellt. Seine Erkenntnisse hat er (teilweise?) in einem Buch «Terrorismus 2000» niedergeschrieben; es soll demnächst erscheinen.

Der neue Terroristentyp sei nicht politisch-ideologisch motiviert. Angetrieben werde er aus einem tieferen (ethnischen oder religiösen) Glauben und sei bereit, für seine Überzeugung alles zu zerstören, sein Leben zu opfern. Cetron sagt bis zur Jahrhundertwende eine «zwei- bis dreifache Zunahme der terroristischen Zwischenfälle» voraus. Er schliesst sogar einen terroristischen «Nuklearüberfall» auf die USA nicht aus. Kein Tag vergehe, an dem nicht irgendwo Leute gefasst würden, die waffenfähiges Uranium oder Plutonium aus der ehemaligen Sowjetunion schmuggelten. Die bundesdeutschen Behörden beispielsweise verzeichneten vergangenes Jahr in 256 Fällen illegalen «strahlenden» Handel. Cetron legt den demokratischen Staaten engste Zusammenarbeit, Datenaustausch nahe, wenn der kommende «Superterrorist» erfolgreich bekämpft werden soll. ■

Philippe Scheuzger: jung, dynamisch und politisch interessiert

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass es auch weiterhin findige, visionäre und uneigennützig Menschen gibt, die konstruktive Lösungsansätze zur Entschärfung der wirklichen Probleme finden und durchsetzen können.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Global: Überbevölkerung, Zerstörung der Lebensgrundlagen und daraus folgend nationale und internationale Konflikte.

National: dass die Schweiz keinen Ausweg aus ihrer Systemkrise findet, dass das politische System nicht reformierbar ist und dass für das Gesamtwohl der Gesellschaft nicht relevante Partikularinteressen von Verbänden und extremistischen Minderheiten zunehmend die direkte Demokratie ad absurdum führen und wir schliesslich als Bananenrepublik unregierbar werden.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtigste: Schrift. Entbehrlichste: Die japanische «Zungendecke», mit welcher Geschäftsleute heissen Tee schneller trinken können.

KURZBIOGRAPHIE

Philippe Scheuzger

Zur Person: Wohnhaft in Aarau. Betriebswirtschaftliches Studium an der Uni Zürich 1986 bis 1991, lic. oec. publ.

Alter: 30

Beruflicher Werdegang: 1992 Eintritt ins Berufsleben als Trainee bei der ABB Schweiz. Seit

Was lieben Sie an der Schweiz?

Dass es möglich ist, mit Eigeninitiative und Selbstvertrauen etwas zu erreichen, gesellschaftlich wie materiell.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die «Biedermann und die Brandstifter»-Mentalität der schweigenden Mehrheit.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Im Prinzip ja. Obwohl ja in der Schweiz ebenso Minderheiten den Fortschritt behindern. Dafür gibt es in jüngerer Zeit genügend Beispiele. Dieses Zitat impliziert zudem, dass Bestehendes negativ sei, Fortschritt hingegen per se positiv; damit kann ich mich nicht einverstanden erklären.

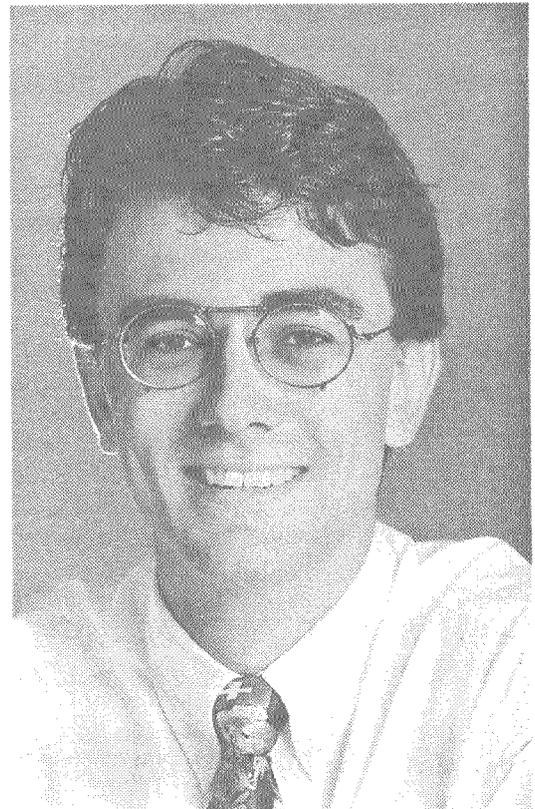
Wodurch kann ein Politiker, eine Politikerin Sie überzeugen?

Durch eine eigene, offene und ehrliche Vertretung seiner Meinung und nicht derjenigen, von der er glaubt, er müsse sie vertreten, um ja wieder gewählt zu werden.

1. Oktober 1994 Assistent der Geschäftsleitung der ABB Schweiz in Baden.

Politischer Werdegang: Politisch aktiv und tätig in diversen FDP-Gremien seit 1984; 1991 bis 1995 Präsident der Jungfreisinnigen Aarauer.

Liebste Tätigkeit: Das Leben mit all seinen Schattierungen erfahren und, wo möglich, geniessen. ■



Philippe Scheuzger: «Manchmal wäre Zaubern nicht schlecht.»

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Ronald Reagan!

Warum sind Sie bei der FDP?

Mich überzeugen immer mehr die liberalen Grundsätze. Die FDP wäre gut beraten, wenn sie sich wieder mehr darauf konzentrieren würde.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Manchmal wäre Zaubern nicht schlecht.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Dimitri, um ihn zu fragen, weshalb er gegen das Gatt-Abkommen ist. ■

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Auf 100 Frauen kommen in der Schweiz 96 Männer. Männer und Frauen ergänzen sich in verschiedensten Bereichen. Ich bin strikte gegen jegliche Art reglementierter Frauen- oder anderer Quoten.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche, was als Ihre persönliche Stärke an?

Schwäche: als Brillenträger habe ich eine Sehschwäche. Stärke: Ungeduld.

Welches Buch lesen Sie jetzt gerade?

«Von der Leistungs- zur Schmarotzergesellschaft?» von Trechsel.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Tennis spielen, Ski fahren und schwimmen. ■

Motivierter und selbstsicherer

Betriebliche Weiterbildung, die sich gezielt und ausschliesslich an Frauen wendet, stösst auf immer grösseres Interesse. Erstmals wurde die Wirksamkeit dieser Kurse systematisch überprüft. Resultat: Frauenspezifische Kurse wirken langfristig und sind erfolgreich. Nicht nur die Frauen, auch die Arbeitgeber profitieren davon.

Die drei Verwaltungen des Bundes sowie des Kantons und der Stadt Zürich realisieren seit mehreren Jahren betriebsinterne Weiterbildung ausschliesslich für ihre weiblichen Beschäftigten. Themen wie «Reden, verhandeln, sich durchsetzen», «Konflikte bewältigen» oder «Berufliche Laufbahn» stehen im Vordergrund. Fachliche Fragen werden dabei ebenso behandelt wie

die speziellen Probleme, die die Kursteilnehmerinnen als Frauen an ihrem Arbeitsplatz erfahren. Mit den Kursen wollen die drei Verwaltungen einen Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann im Betrieb leisten. Erreichen die Kurse aber die gesteckten Ziele? Wenden die Mitarbeiterinnen das Gelernte an ihrem Arbeitsplatz überhaupt an, und welchen Nutzen zieht der Betrieb

daraus? Der nun vorgelegte Untersuchungsbericht gibt Antwort auf diese Fragen.

«Ich bin selbstsicherer geworden»

Von der Hilfsarbeiterin bis zur Kaderfrau sprechen die Weiterbildungen das ganze, breite Spektrum von Mitarbeiterinnen an. Die Teilnehmerinnen erleben sich nach den Kursen als selbstbewusster und durchsetzungsfähiger: «Ich bin selbstsicherer geworden, habe mehr Selbstachtung und ein anderes, sicheres Auftreten gewonnen», meint beispielsweise eine ältere Mitarbeiterin. Die Kursabsolventinnen berichten auch von klareren Berufsvorstellungen und mehr Erfolg am Arbeitsplatz.

Bei 43 Prozent der Frauen ist die berufliche Motivation durch die Kursbesuche gestiegen. Fast die Hälfte aller Befragten äussert nach den Weiterbildungen ihre Meinung und Erwartungen am Arbeitsplatz deutlicher als früher. Die Kurse haben auch dazu beigetragen, dass Frauen aufgestiegen sind, die Stelle gewechselt haben oder für interessantere, abwechslungsreichere Aufgaben zuständig wurden. Die direkten Vorgesetzten, die auch in die Untersuchung mit einbezogen wurden, bestätigen diese Veränderungen. Die meisten Chefs und Cheffinnen schätzen das selbstbewusstere Auftreten, die gestiegene Team- und Konfliktfähigkeit und die aktivere Rolle, die ihre Mitarbeiterinnen zum Beispiel an Teamsitzungen einnehmen.

Langfristige Transferwirkung

Nicht alle Kursteilnehmerinnen erfahren diese Erfolge gleich stark. Systematische Unterschiede wurden festgestellt. So erzielen etwa Mitarbeiterinnen in niedrigeren Positionen wie Büroangestellte oder Hilfsarbeiterinnen weniger Transfererfolge als Frauen in mittleren und höheren Funktionen. Einfluss hat auch die Personalpolitik des Unter-

nehmens: Wo allgemein mehr in die Weiterbildung des Personals investiert wird und wo vor allem der Gleichstellung von Frau und Mann mit konkreten Programmen und Massnahmen deutliches Gewicht beigemessen wird, haben die Kursteilnehmerinnen auch mehr Transfererfolg: Sie setzen das Gelernte am Arbeitsplatz besser um und stossen dabei auf weniger Widerstände.

Mit aller Deutlichkeit zeigt die Studie auch, dass gerade die Vorgesetzten den langfristigen Erfolg von Weiterbildungsmassnahmen beeinflussen. Vorgesetzte, die Interesse zeigen und sich unterstützend verhalten, fördern den Transfererfolg ihrer Mitarbeiterinnen. Auch die Reaktionen von Arbeitskolleginnen und -kollegen auf den Kursbesuch spielen eine Rolle. Nicht immer sind sie jedoch positiv. 32 Prozent der Mitarbeiterinnen berichten, dass es hin und wieder Anspielungen gebe und dass Frauen, die solche Kurse besuchen, belächelt würden.

Praxisnahe Empfehlungen

Der verständlich geschriebene Bericht enthält eine Vielzahl von Vorschlägen und Anregungen für die Praxis. Nicht nur Wege zur Weiterentwicklung zukünftiger frauenspezifischer Weiterbildung werden aufgezeigt, sondern auch wichtige Hinweise für die Optimierung allgemeiner Weiterbildung und Personalentwicklung werden geliefert. 1996 erscheint als Ergänzung eine praxisorientierte Wegleitung. Im Zentrum werden konkrete Vorschläge zur Optimierung des langfristigen Transfererfolges am Arbeitsplatz stehen. ■

Frauenspezifische Weiterbildung im Betrieb. Eine Untersuchung. Von Béatrice Stalder. Herausgegeben von: Eidgenössisches Personalamt, Sektionen Ausbildung und Personalförderung; Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen des Kantons Zürich; Fachstelle für Frauenfragen der Stadtverwaltung Zürich; Frauenstelle des Kaufmännischen Verbandes Zürich. 144 Seiten, zahlreiche graphische Darstellungen und Tabellen. Verlag vdf, 1995. Im Buchhandel erhältlich. Preis: Fr. 32.-.

Information für Sessionsbesucher

In einer neuen Informationsbroschüre werden fünf der häufigsten Fragen rund um National- und Ständerat beantwortet. Damit erhalten Besucherinnen und Besucher während der Sessionen auf den Tribünen zusätzliche Informationen über das Funktionieren des Parlamentes und den Ratsbetrieb.

Mit vermehrter Öffentlichkeitsarbeit wollen die Parlamentsdienste im Auftrag des Parlamentes den Bürgerinnen und Bürgern Aufgabe und Funktion des Parlamentes näherbringen. Für 1995 sind in erster Linie Massnahmen rund um die Wahlen vorgesehen, aber auch eine verbesserte Betreuung der Besucherinnen und Besucher des Parlamentsgebäudes während und ausserhalb der Sessionen.

In einem ersten Schritt wird mit Beginn der Sondersession jeder Besucherin und jedem Besucher auf den Tribünen die Informationsbroschüre mit dem Titel «Die volle Wahrheit zum halbleeren Saal» abgegeben. In der 16seitigen Broschüre werden fünf der häufigsten Fragen rund um National- und Ständerat beantwortet, zum Beispiel «Die Sache mit den leeren Bänken» oder «Die Sache mit dem Geld»,



und die Abläufe im Parlament dargelegt. Das Büchlein ist mit Skizzen illustriert. Die dritte und vierte Umschlagseite ist gleichzeitig ein Bestellcoupon. Interessierte können damit direkt und unbürokratisch weiteres Informationsmaterial bestellen. ■

Im kommenden Herbst werden die meisten Ständeräte gewählt, und der Nationalrat wird neu zusammengestellt. Die Parteien rüsten zum Schlagabtausch, Kandidatinnen und Kandidaten berechnen ihre persönlichen Chancen und schleifen ihre Argumente. Programme und Leitbilder werden erstellt und erläutert, in den Medien häufen sich die ritualisierten Boxkämpfe. Welche Themen werden das Wahljahr prägen? Welche Prognosen lassen sich stellen? – Zum Auftakt eine politische «Tour d'horizon».



Jene Partei ist im Wahljahr im Vorteil, welcher man die grösste Problemlösungskompetenz zubilligt. (Photo ruti)

Der Countdown läuft

Generalsekretär
Christian Kauter

Das politische Umfeld, das Klima, die Kommunikation sind Faktoren, die die Wahlen im Herbst beeinflussen werden. Entscheidend wird aber auch sein, welcher Partei es gelingt, in den aktuellen Themen die Führerschaft an sich zu reissen. Voraussetzungen dafür sind Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Personen. Immer wieder stelle ich fest, dass man einer Partei in bestimmten Fragen eine Kompetenz zuspricht. Feiert ein solches Thema Konjunktur, so ist jene Partei im Vorteil, welcher man im Volk die grösste Problemlösungskompetenz zubilligt. Während Jahren war die Ökologie ein solches Thema. Die Wahlerfolge der Grünen lassen sich denn auch leicht erklären.

Ökonomie im Zentrum

Mit der anhaltenden Rezession steht für einmal das Interesse der Ökonomie vor der Ökologie. Rückläufiges Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit sind Sorgenkinder. Revitalisierung,

Deregulierung, generell: die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz steht im Zentrum der Diskussionen.

Die Politik der FDP ist sich der Bedeutung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz bewusst. Nur wenn die Schweiz für Investitionen attraktiv bleibt, bleiben auch die Arbeitsplätze in unserem Land.

Noch haben wir im Vergleich zum Ausland Trümpfe: relativ günstige Staats- und Steuerquoten, niedrige Arbeitslosen- und Inflationsraten, gute Infrastruktur, leistungsfähiges Bildungssystem, arbeitsame Bevölkerung und politische Stabilität. Pessimismus und Schwarzmalerei sind fehl am Platz. Übersteigerte Selbstkritik ist kein Anreiz für Investoren. Wir dürfen aber die Tugend der Marktwirtschaft nicht vergessen. Wir müssen heute feststellen, dass die Lohnkosten im Verhältnis zum Ausland sehr hoch sind, nicht nur, aber auch wegen der Lohnnebenkosten. Ich meine damit die Sozialleistungen, die heute be-

Fortsetzung auf Seite 6



Generalsekretär Kauter: «Die Ausgangslage der FDP kann als bedeutend besser als vor vier Jahren beurteilt werden.»

(Photo Ex-Press)

Fortsetzung von Seite 5

reits 25 Prozent der Staatsausgaben ausmachen und massgeblich zum Staatsdefizit beitragen.

Die FDP ist deshalb der Ansicht, dass unsere Aufgabe darin bestehen muss, die Sozialwerke zu konsolidieren und die Belastungen für die Wirtschaft nicht weiter zu erhöhen. Dieser Haltung widersetzt sich die SP mit der Forderung, gerade in schwierigen Zeiten seien die Sozialleistungen zu erhöhen. Sie verlangt dies bei der AHV, bei der Krankenversicherung und bei der Arbeitslosigkeit. Finanziert werden soll dies über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge. Wohin eine solche Politik führt, das erlebt gegenwärtig Schweden. Dort muss der Sozialstaat abgebaut werden.

Europa

Die Europadiskussionen werden den Wahlkampf beeinflussen. Keine Partei wird sich diesen entziehen können. Nur sollten sich die Diskussionen um die effektiven Fragen drehen wie: 28-Tonnen-Korridor, innenpolitische Umsetzung der Alpeninitiative und vor allem Personenfreizügigkeit. Hier erwarte ich Antworten der EWR-Gegner und nicht einfach eine Referendumsdrohung, bevor diese Verhandlungen überhaupt begonnen haben. Was wir brauchen, ist ein fairer Dialog. Wenn wir aber heute über den Beitritt diskutieren, obwohl die Frage gar nicht ansteht, so begünstigen wir lediglich die Polarisierung.

Die kleinste Bundesratspartei – die SVP – hat der Beitrittsfrage Anfang Jahr bereits eine Absage erteilt. Selbst der bescheidene Zusatz, ein Beitritt komme «zurzeit» nicht in Frage, wurde abgeschmettert. Die Parole dieser Partei kann nicht anders interpretiert werden als: EU-Beitritt nie!

Auf der anderen Seite die SP, die einen EU-Beitritt sofort fordert! Weil aber ein Beitritt zur Folge hätte, dass die Lohnkosten sinken würden, verlangen die Sozialdemokraten die Einführung von Mindestlöhnen. Und um den unvermeidlichen Abbau der Volksrechte bei einem Beitritt zu mildern, verlangen sie via

Volksinitiative die Einführung des sogenannten konstruktiven Referendums. Man versucht also, gewisse Nachteile abzuschwächen.

Die FDP setzt auf die bilateralen Verhandlungen, ohne einen späteren Beitritt auszu-schliessen. Die Position der FDP: Beitritt heute nein – später durchaus möglich, wird auch vom Vorort eingenommen. Es ist nicht leicht, diese Haltung im Wahlkampf zu kommunizieren.

Das Andocken an den Binnenmarkt ist für die Konkurrenzfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes ebenso wichtig wie gesunde Finanzen. Die Staatsverschuldung hat ein bedrohliches Ausmass angenommen, und deren Sanierung ist dringend notwendig. Zwar ist es uns gelungen, gegen den Willen des Bundesrates die Sparanstrengungen zu verstärken. Morgenröte ist aber noch nicht in Sicht. Weil wir aber den Standortvorteil der niedrigen Steuerquoten nicht einbüßen wollen, widersetzen wir uns Mehreinnahmen.

Obwohl die hohe Verschuldung im Volk kritisiert wird und der Steuerwiderstand steigt, handelt es sich hier um ein äusserst kontroverses Wahlkampfthema. Die Forderung nach Sparen ist zwar unüberhörbar, werden dann Vorschläge vorgelegt, heisst es: aber nicht so. Wir leben heute über unseren Verhältnissen und belasten die kommenden Generationen. Gelingt es, diese Tatsache zu thematisieren, so könnte das Finanzproblem zum Wahlkampfrenner werden.

Konkordanz

In jedem Wahljahr kommt unweigerlich auch die Konkordanzfrage auf den Tisch. Die Zauberformel sei zu sprengen, die Linken seien aus der Regierung zu werfen. Die FDP gehört nicht zu den absoluten Verfechtern der Zauberformel. Aber wenn man die politischen Kräfteverhältnisse betrachtet, so ist im Moment keine andere Lösung zu sehen. Zwar könnte mit dem Einbezug der Liberalen in die Regierungsverantwortung die bürgerliche Mehrheit gestärkt werden. In der für unser Land wichtigen Eu-

ropafrage könnte aber unter den Bürgerlichen keine Einigung erzielt werden. Das «EU nie!» der SVP wäre eine unüberbrückbare Belastung.

Ganz abgesehen davon, dass unser System nicht auf Konkurrenz angelegt ist. Die solcher-massen ausgeschlossene SP könnte durch Referenden und Initiativen die Handlungsfähigkeit unseres Staates geradezu blockieren. Eine Chance, die sich die Linke nicht entgehen liesse.

Prognose

Abschliessend sei für die Wahlen im Herbst eine Prognose gewagt.

Man kann davon ausgehen, dass sich die Kräfteverhältnisse im Parlament nur unwesentlich verändern werden. Das ist einerseits bedingt durch unser Proporzsystem, andererseits auch durch die Tatsache, dass es keiner der politischen Parteien im Verlaufe der letzten drei Jahre gelang, erdrutschartige Erfolge zu erzielen.

Betrachtet man die verschiedenen kantonalen und kommunalen Wahlen, so hat die FDP die grössten Erfolge zu verzeichnen. Sie verfügt über die grösste Anzahl von Vertretern in Exekutiven und Legislativen und hat die CVP erstmals seit 1919 vom ersten Platz verdrängt. Die Ausgangslage der FDP kann zwar als bedeutend besser als vor vier Jahren beurteilt werden, daraus aber grosse Wahlerfolge abzuleiten wäre vermessen.

Nimmt man die besagten Wahlen zum Gradmesser, so zeichnen sich für die CVP Verluste ab. Abgesehen von einigen Kantonen, wie z. B. Genf, ist es nicht gelungen, Erfolge zu verbuchen. Die Partei verfügt aber über eine starke Verankerung in der Bevölkerung und über ausgeprägte Stamm-lande. Ich glaube deshalb nicht, dass der von verschiedenen Auguren prophezeite Einbruch erfolgen wird. Das gesteckte Ziel, die Wähleranteile von 17,8 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen, wiederum scheint allzu optimistisch.

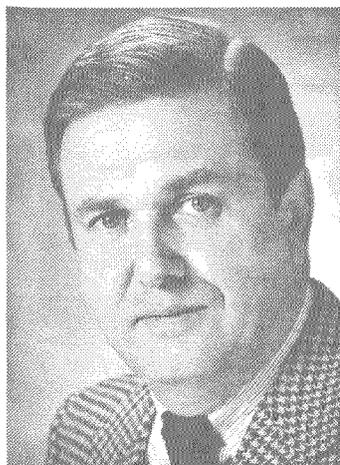
Zu den mutmasslichen Wahlsiegern dürfte die SP gehören. Sie

hat einen beachtlichen Erneuerungsprozess hinter sich und neue Wählerschichten erschlossen. Waren es früher fast ausschliesslich Arbeiterinnen und Arbeiter, die zu ihren Wählerkreisen gehörten, so sind es heute immer mehr Angestellte aus dem Mittelstand. Vor allem steht die SP bei den Frauen hoch im Kurs und ist die Partei lieb Kind vieler Medienschaffender. Angesichts dessen, dass die Sozialpolitik im Wahlkampf eine Rolle spielen wird, wird sie auch versuchen, hier ihre Kompetenz auszuspielen. Erfolge sind auch deshalb nicht ausgeschlossen, weil die SP immer mehr auf das Feld der Grünen vorgestossen ist. Die Grünen werden die Konkurrenz der SP zu spüren bekommen.

Als kleinste Bundesratspartei hat es die SVP geradezu meisterhaft verstanden, das Doppelspiel Regierungs- und Oppositionspartei zu kopieren. Sie profitiert von der Medienpräsenz ihres Bundesrates, wettet aber bei jeder Gelegenheit gegen die «classe politique». Damit nutzt sie das Misstrauen in der Bevölkerung. Sie hat mit Nationalrat Blocher auch einen der bekanntesten Exponenten, der sich auch nicht scheut, seine finanziellen Möglichkeiten im Wahlkampf einzusetzen. Es wird der SVP nicht leichtfallen, in der Westschweiz ihre Position zu verstärken. Aber es würde nicht über-raschen, wenn in der Deutschschweiz zwei bis drei Mandatsgewinne erzielt würden. Das gleiche gilt für die Freiheitspartei. Sie wird in den bürgerlichen Reihen die Unzufriedenen und die Isolationisten ansprechen.

Die kleinen Parteien wie LdU und SD werden einen schweren Stand haben. Ihnen ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, ihre Existenzberechtigung zu stellen. Ganz anders die Liberalen. Fast ausschliesslich in der Westschweiz tätig, haben sie ihre Wähleranteile fast überall leicht erhöht. Sie haben denn auch gute Chancen, ihre Position zu halten, mit etwas Proporzglück sogar leicht zu verbessern. ■

Ein ganz spezielles Angebot



Roger E. Schärer, Spezialist in Sachen Leserbrief.

«Standpunkte» ist ein besonderes Buch. «Standpunkte» ist eine Sammlung von Leserbriefen, die Roger E. Schärer während Jahren publiziert hat. Seine Leserbriefe sind, wo immer sie veröffentlicht wurden – von der NZZ bis zum «Freisinn» –, aufgefallen, denn Schärer hat klare Aussagen und einen journalistischen Sinn für die Aktualität. Die rund hundertseitige Schrift ist denn auch amüsant zu lesen und eignet sich darüber hinaus für die eigene Medienaus- und -weiterbildung.

Kennt man den Beruf von Roger E. Schärer, so erstaunt die



Professionalität nicht: Roger E. Schärer leitet die Public Affairs der Winterthur Versicherungen. Noch etwas sei hier verraten: Roger E. Schärer kandidiert am 2. April auf der Stadtliste Winterthur für den Zürcher Kantonsrat.

Als unkomplizierter und praktischer Freisinniger macht Schärer allen Leserinnen und Lesern des «Freisinns» ein spezielles Angebot: Das Buch «Standpunkte» kann auf dem Generalsekretariat der FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51, kostenlos bestellt werden. ■

KOLUMNE

Gemeinsames und Trennendes im bürgerlichen Lager



Alle Parteien in der Schweiz sind Minderheitsparteien. Um zu einer Mehrheit, vor allem zu einer in einer Volksabstimmung tragenden Mehrheit zu kommen, müssen sie sich zusammenraufen. Das ist im sehr weitgespannten schweizerischen Regierungsfeld, das von der SPS über die CVP und die FDP bis zur Zürcher SVP reicht, nicht immer leicht. Die Sozialdemokraten grenzen sich in grundsätzlichen Fragen am stärksten ab mit ihrer Armee-Halbierungs-Initiative, mit ihrer allzu verständnisvollen Haltung gegenüber linken Chaoten etwa beim Vermummungsverbot, mit ihrer Europapolitik ohne Rücksicht auf Verluste, vor allem aber mit ihrer offenbar unausrottbaren *Staatsgläubigkeit*. Sogar der Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» beklagte in einem eigentlichen Alarmruf «Warum bleibt die Linke so stumm?» am 4. Februar die «Hilflosigkeit» und «Unbeweglichkeit» der Linken, der der «kaum mehr zu finanzierende Ausbau des Staatsapparates immer noch mehr bedeutet», als was die Angelsachsen unter «re-inventing government» verstehen.

Innerhalb des bürgerlichen Lagers liegen die Dinge komplizierter. Am meisten Staub aufgewirbelt hat in letzter Zeit die SVP mit dem Auseinanderfallen des Zürcher Blocher-Flügels – und seiner innerschweizerischen Satelliten – und des Berner und Westschweizer Flügels. Häufig hat sich in letzter Zeit der Zürcher Flügel in der Gesamtpartei durchgesetzt – gegen den eigenen Bundesrat und gegen die Bundesratspolitik. Dass die SVP in der Drogenpolitik eine härtere Linie verfährt, ist zweifellos ihr gutes Recht. Aber dass sie in ihren Wahlinsparaten in den Zürcher Zeitungen bis im Februar 1995 noch den

Anschein zu erwecken suchte, einzig ihre Repressionslinie sei der richtige Weg zur Lösung der schwierigen Drogenfrage, grenzt doch an Überheblichkeit.

Während die Unterschiede des Berner Flügels zur FDP minim sind, hat sich in der Zürcher Partei eine *Generalopposition* zum Bundesrat und zu Eckpfeilern seiner Politik eingeschlichen. Die Europapolitik ist das deutlichste, aber nicht einzige Beispiel. Diese Haltung ist um so merkwürdiger, als die SVP auf zürcherischem Boden mit FDP und CVP recht gut zusammenarbeitet und mit deren Hilfe den verlorenen zweiten Sitz im Regierungsrat zurückzuerobieren trachtet.

Die CVP kämpft vor allem darum, bei den nächsten Nationalratswahlen den schleichenden Rückgang aufzuhalten und die konservativen und christlichsozialen Kräfte beisammenhalten zu können. Ob ihr dabei der ideologische Marsch von der «Mitte» zur «Zentrums-partei» wesentlich zu helfen vermag, ist mehr als fraglich, denn weder ein Positions- noch ein Tapetenwechsel war damit verbunden. In bezug auf die Fristenlösung und die Familienpolitik suchte die CVP ihre christliche Grundlage stärker zur Geltung zu bringen und sich damit von den andern bürgerlichen Parteien abzusetzen. Auch sie wird wohl künftig auf die *Anziehungskraft starker Persönlichkeiten* vertrauen müssen, denn in der konfessionellen Mischgesellschaft nicht zuletzt der Agglomerationen vermag die katholische Kirche als parteipolitischer Fixpunkt je länger, desto weniger zu genügen. Wie die ebenfalls vielleicht nicht ganz so breit gelagerte FDP wird auch sie sich vor allem auf den Leistungsausweis für konstruktive politische Arbeit abstützen müssen.

Alt Nationalrat Kurt Müller, Meilen (ZH)

FDP-LEUTE

François Couchepin



Am 19. Januar 1995 ist Bundeskanzler François Couchepin sechzig geworden: Grund für eine

Festschrift. Freisinnige Prominenz macht ihm darin die Aufwartung. Unter anderen steuern Nationalrätin Vreni Spoerry, Ständerat Gilles Petitpierre, alt Nationalrat Peter Spälti und Generalsekretär Christian Kauter etwas zum Thema «Quelle chance pour nos institutions?» bei. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz würdigt den Staatsbürger, den Juristen, den Philo-

sophen Couchepin und gibt ihm einen Satz mit auf den weiteren Lebensweg: «Nichts ist gefährlicher als eine Idee, wenn man nur *eine* Idee hat.»

Christine Beerli



Die ständerätliche Gruppe der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, insgesamt 18, wählte Christine Beerli BE zu ihrer neuen Präsidentin und damit zur Vizepräsidentin der Gesamtfraktion. Beerli ersetzt in dieser Funktion Ständerat Otto Schoch AR, der von der kleinen Kammer zum Vizepräsidenten gewählt wurde. AMK

LESERBRIEF

Immer halb von hinten

Ich gehöre zu den eher aufmüpfigen Liberalen und fresse Parteipräsident Steinegger durchaus nicht aus dem Händchen. Rundschau-Moderator Hannes Britschgi hat mich aber in letzter Zeit und vor allem am 18. Januar 1995 «gopfergessen» geärgert.

■ Das Von-hinten-um-seine-Interview-Partner-Herumtänzeln verrät allerhand über ihn. Mal von links hinten, dann wieder von rechts hinten versucht Britschgi seine armen Opfer, die wie in einem Schraubstock festgeklemmt sitzen, anzubohren. «Sigs wies well», aber immer von halb hinten. Das ist wohl seine Art, aber mich dünkt es fies.

■ Ich glaube aber, die «Libero/Freisinn»-Boys haben ihn nicht richtig durchschaut. Vielleicht steuert Britschgi ja nur hinterücks wieder alte Fichenzeiten an? Das wäre doch ein probates Mittel, solche Fischbacher in Zukunft rechtzeitig ins Netz zu kriegen, d. h., solange sie noch kleine Fischchen sind.

Also sofort ins liberale Parteiprogramm: «Mit neuen Fichen böse Fischbacher rechtzeitig fischen.» Da hätte Herr Britschgi sicher sein «Freudeli».

Josef Zeyer, Ettiswil LU

FEDER FÜHREND



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rüti
 Tel. 055/848 111
 Telex 875 606, Fax 055/848 511

Über 500 fixfertige Musterbriefe

Geschäftsschreiben, Offerten, Urkunden, Bestätigungen, Arbeitszeugnisse, Reklamationen, Stellenbewerbungen, Mahnungen, Verträge...

Musterbriefe für die erfolgreiche Geschäftskorrespondenz ist Ihr Handbuch für die rationelle Erledigung der gesamten geschäftlichen Korrespondenz. Über 500 vorbereitete Briefe stehen Ihnen zur Verfügung. Im Nachschlagewerk und auf Diskette. Zum direkten Übernehmen. Perfekt in Stil, Grammatik und Ortho-

graphie. Sie fügen nur noch Namen und Daten ein und schon ist Ihr Brief versandbereit.

Mehrmals jährlich erhalten Sie neue Briefvorlagen zum Einfügen in Ihr Handbuch. So sind Sie stets mit topaktuellen Briefvorlagen versorgt. Nutzen Sie jetzt Musterbriefe für die erfolgreiche Geschäftskorrespondenz für den effizienten Schriftwechsel.

WEKA praxisnah.

WEKA Verlag AG
 Hermettschlostrasse 77 Postfach, 8010 Zürich Telefon 01-432 84 32 Telefax 01-432 82 01

Vorteilsbestellschein

für über 500 fixfertige Musterbriefe im Nachschlagewerk und über 500 individuell bearbeitbare Datenvorlagen auf Diskette.

Ich bestelle Musterbriefe für die erfolgreiche Geschäftskorrespondenz in folgender Ausführung (bitte ankreuzen):

- Nachschlagewerk im A5-Ringordner mit über 700 Seiten Inhalt. (Bestell-Nummer 35200) Fr. 198.- inkl. MWSt.
- Nachschlagewerk im A5-Ringordner mit über 700 Seiten Inhalt plus 3,5"-Diskette mit über 500 Musterbriefen, Textbausteinen und Checklisten. (Bestell-Nummer 35200/181900) Fr. 278.- inkl. MWSt.

Rückgaberecht inner 10 Tagen. Vom Ergänzungs-Service profitieren Sie automatisch (durchschnittl. Seitenpreis 78 Rappen). Keine Abnahmepflicht, jederzeit abbestellbar.

Firma: _____ Name: _____

Vorname: _____ Str. Nr.: _____

PLZ/Ort: _____ Tel.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Coupon ausfüllen und einsenden an: WEKA Verlag AG, Hermettschlostrasse 77, Postfach, 8010 Zürich. Tel. 01-432 84 32 / Fax 01-432 82 01

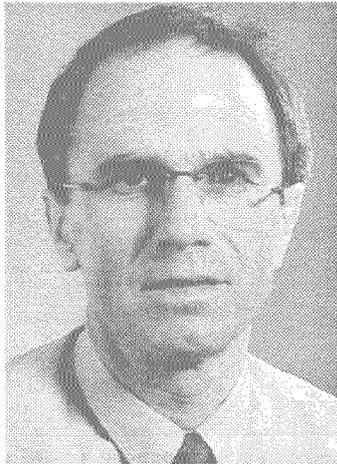
151004

Drei Fragen an drei Politiker

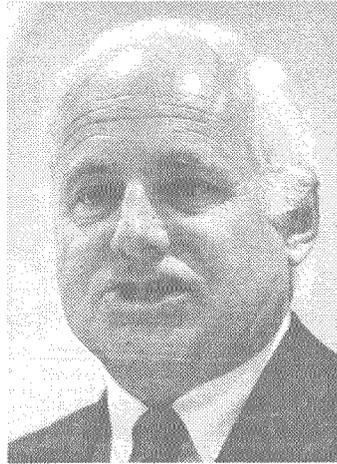
Ende Februar 1995 hat der Bundesrat entschieden, dass bei der Neat beide Basistunnels gebaut werden. Gleichzeitig soll das Finanzdepartement Varianten für ein neues Finanzierungsmodell erarbeiten. Wörtlich: «Im Vordergrund steht eine zeitlich begrenzte und zweckgebundene Erhöhung des Treibstoffzolls zur Finanzierung der Neat.» Von drei FDP-Parlamentariern, alle Mitglieder der verkehrspolitischen Kommission des Nationalrates, wollten wir wissen, was sie dazu sagen.



Nationalrat Christian Wanner (SO): «Der Vorschlag ist diskutabel.»



Nationalrat Duri Bezzola (GR): «Bedarf nach Transportkapazitäten kann sich ändern.»



Nationalrat Ulrich Fischer (AG): «Netzkonzept nur politisch begründet.»

Was sagen Sie zur jüngsten Stellungnahme des Bundesrates?

Der Bundesrat hat mit seinem Beschluss in einer unerfreulichen Situation das Heft in die Hand genommen und einen Vorschlag vorgelegt, der diskutabel ist. Allerdings muss eine solche Finanzierung in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden. Das Ausmass der Belastungen darf nicht mehr ansteigen.

Der Bundesrat hat geführt und rasch für die Netzvariante entschieden. Dies entspricht dem Volksentscheid, der respektiert werden muss (wie EWR, Blauhelme, Alpeninitiative). Gegenüber dem Ausland wurde signalisiert, dass wir bereit sind, internationale Abkommen einzuhalten.

Ich begrüße die rasche Reaktion des Bundesrates. Er hat mit seiner Forderung einer Spezialfinanzierung eingestanden, dass der Betrieb der Neat nicht wirtschaftlich sein kann und das Netzkonzept nur politisch begründet ist. Richtig ist, dass unsere Generation solche Werke nicht nur bauen, sondern auch bezahlen soll.

Ist der Bau von zwei Tunnels wirklich nötig?

Meiner Meinung nach ist die integrale Variante, wie sie das Volk beschlossen hat, aufrechtzuerhalten. Es muss berücksichtigt werden, dass wir nicht für heute, sondern für morgen und übermorgen bauen. Die Kapazität ist dabei nur ein Kriterium, daneben gibt es auch staats- und regionalpolitische Gesichtspunkte.

Der Bedarf nach Transportkapazitäten kann sich ändern, weil er abhängig ist von der Preisgestaltung, von der internationalen Zusammenarbeit. Allfällige Überkapazitäten werden in Kauf genommen.

Aus *verkehrswirtschaftlichen* Gründen würde eine Transitlinie für lange Zeit genügen. Mit der Realisierung *beider* Linien werden Überkapazitäten geschaffen, besonders mit den Transversalen am Brenner und Mont-Cenis. *Politisch* kann es sinnvoll sein, Nutzen und Lasten des Transitverkehrs zu verteilen.

Können wir uns dieses gewaltige Bauprojekt überhaupt leisten?

Ob wir uns das Projekt leisten können oder nicht, hängt von der kommenden Verkehrspolitik ab. Der grenzüberschreitende Transitverkehr gehört auf die Schiene, und die Feinverteilung ist dem Lastwagen zu überlassen. Wenn es gelingt, diese Vorstellungen durchzusetzen, so können wir uns das Projekt leisten.

Die Finanzierungsmöglichkeiten müssen überprüft werden. Dabei muss nicht nur die Finanzierung der Neat gelöst werden, sondern auch diejenige für Bahn 2000, für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, für die konzessionierten Transportunternehmungen, für die Hauptstrassen von nationaler Bedeutung usw.

Diese Frage lässt sich nicht objektiv beantworten. Vielmehr ist es ein politischer Entscheid, ob wir das finanzielle Opfer für dieses Jahrhundertwerk bringen wollen, ob man unserem Volk diese Mehrbelastung im Interesse der kommenden Generationen zumuten kann. Ich finde, dass gute Gründe dafür sprechen. ■

FDP-STANDPUNKT

Neat: Klarer Bedarfsnachweis nötig

Die FDP der Schweiz begrüsst die rasche und umfassende Lagebeurteilung der Neat durch den Bundesrat unter Einbezug der Bundesratsparteien.

Für die FDP steht im Vordergrund, dass der Neat-Beschluss einen Volksauftrag darstellt, der durch das Ja zur Alpeninitiative noch bekräftigt wurde. Die Schweiz ist zudem durch den Transitvertrag dazu verpflichtet, alpenüberquerende Transportkapazitäten zu schaffen. Angesichts der in der Zwischenzeit in der EU gefallenen Entscheide macht die FDP ihre Zustimmung zu einer Zusatzfinanzierung jedoch davon abhängig, dass der Bedarf des gleichzeitigen Baus beider Basistunnels klar nachgewiesen wird.

Die FDP ist auch der Meinung, dass die Finanzierung der Neat nicht vollständig auf die nächste Generation überwälzt werden darf. Sie unterstützt die Idee einer separaten Finanzierung, verlangt aber vom Bundesrat, dass er verschiedene Modelle vorschlägt und sich nicht auf eine zeitlich begrenzte und zweckgebundene Erhöhung des Treibstoffzolls versteift.

Die FDP fordert ausserdem eine klare Übersicht über die verschiedenen zur Diskussion stehenden Gebühren und deren Verwendung, wie CO₂-Abgabe, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgaben, Alpenquerungsgebühren, sowie über die Kosten für Neat, «Bahn 2000» und die Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr. Die FDP wiederholt ihre Forderung nach einer Unterstellung der Neat unter ein projektbegleitendes, hartes, seriöses und unabhängiges Finanz-Controlling zuhanden des Bundesrates und des Parlamentes. ■

Europa – Weichenstellungen fällig

Mit dem Ende des bipolaren Mächtesystems ist für Europa eine neue Epoche angebrochen. Doch die Welt steht bekanntlich nie still. Die Herausforderungen, denen sich Europa seit dem Fall der Berliner Mauer gegenüber sieht, sind anders, aber nicht kleiner geworden. Die europäischen Staaten müssten ihre neue Rolle und Verantwortung auf überzeugende Weise übernehmen. Statt dessen haben sie an Terrain verloren und haben die Chancen, die sich aussen- und sicherheitspolitisch neu eröffnet haben, kaum wahrgenommen.

◉ **Nationalrat Gerold Bührer (SH)***

Wirtschaftlich hat die Verschiebung zugunsten Asiens und teilweise auch Nordamerikas angehalten. In massgebenden neuen Technologien haben die USA oder Japan die Nase vorn. Statt neue Entwicklungen mit einem Übermass an Vorschriften zu blockieren, sind sowohl im pazifischen Raum als auch in den USA die Kräfte von Forschung und Entwicklung mit weit weniger Rigiditäten auf zukunftssträchtige Märkte hin gebündelt worden.

Dieser Weg hat sich denn auch ausbezahlt. Das Beschäftigungswachstum in diesen Regionen lässt Europa geradezu vor Neid erblassen. Nahm die Beschäftigungszahl seit 1982 in den USA jährlich um 1,7 Prozent und in Japan um 1,2 Prozent zu, blieb Europa mit 0,4 Prozent weit dahinter. Die Sockelarbeitslosigkeit in den USA, einst deutlich höher als in Europa, liegt heute wesent-

* Gerold Bührer (47) wurde 1991 in den Nationalrat gewählt. Beruflich ist der Schaffhauser Finanzchef der Konzernleitung Georg Fischer Management AG.



Nationalrat Bührer: «Neben der notwendigen Renaissance europäischer aussen- und sicherheitspolitischer Leitplanken bedarf es auch im wirtschaftlichen Bereich einer Rückbesinnung auf die erfolgsentscheidenden Schlüsselemente.» (Photo ruti)

lich unter dem europäischen Durchschnitt. Der Abbau von wachstumshemmenden Reglementierungen, bei uns oft als unnötige Deregulierung verschrien, hat zu einer eindeutigen Stärkung der Wettbewerbskraft und somit zu einer Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt in den USA sowie im Fernen Osten geführt.

Europa hat an Terrain verloren

Europa hat jedoch nicht nur in wirtschaftlichen Belangen an Terrain verloren, sondern auch aussen- und sicherheitspolitisch die neu eröffneten Chancen kaum wahrgenommen. Ungeachtet der absehbaren Tendenz, dass nämlich die USA auch ihre militärischen Ressourcen vermehrt in den pazifischen Raum sowie in den ölträchtigen Mittleren Osten verschieben dürften, konnten sich die Europäer, allen Bekundungen zum Trotz, nicht auf einem gemeinsamen sicherheitspolitischen Nenner zusammenfinden.

Die Reaktivierung der 1954 geschaffenen Westeuropäischen Union im Rahmen der Nato sowie auch das historisch mehr als ver-

ständliche Schutzbedürfnis mittelosteuropäischer Länder werden zerredet, nicht aber angegangen, geschweige denn gelöst. Mehr noch, sowohl auf dem Balkan als auch in der Frage der Ausweitung der Sicherheitsordnung zugunsten der ehemaligen sowjetischen Satelliten wird Westeuropa durch offenkundige politische Differenzen beinahe gelähmt. Statt Konflikte vor der eigenen Haustür in erster Linie selbst angehen zu wollen, wird das Feld mehr und mehr ausser-europäischen Mitspielern überlassen.

Rücksichtnahme auf Russland

Es ist nicht nur die mangelnde Einigkeit der Westeuropäer, sondern auch eine geradezu unermessliche Rücksichtnahme auf den russischen Bären, welche den alten Kontinent lähmen. Da sich Russland geographisch auf den Zustand des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt sieht, ist zwar Geschick im Umgang mit dieser gegenwärtig serbelnden Weltmacht zweifellos gefragt. Moskau hat die Positionen auf dem diplomatischen Schachbrett

mit dem Westen rasch ausgetauscht. Die eigentliche politische Absicht scheint jedoch dieselbe wie die unter dem alten kommunistischen Regime geblieben zu sein. Während man früher den Westen aus einer Position der Stärke – etwa mittels der Berliner Blockade 1948, des Raketenbaus in Kuba 1962 oder des Versuchs zur Verhinderung der Nato-Nachrüstung in den achtziger Jahren – zu teilen und zu schwächen versuchte, muss jetzt die innere Schwäche Russlands herhalten, damit sich dieses ein Maximum an Vorteilen verschaffen kann.

Kompromiss um jeden Preis?

Darf die Nato beispielsweise das Ersuchen Tschechiens, Polens oder anderer osteuropäischer Länder nach einem Schutzschirm nur aus Rücksicht auf die russischen Drohungen mit einer unverbindlichen «Partnerschaft für den Frieden» abtun? Kann es sich Westeuropa gegenüber der Verpflichtung aus der Geschichte überhaupt leisten, ein weiteres Mal tatenlos zuzusehen, wenn allenfalls im Gefolge einer Macht-

übernahme totalitärer Kräfte diese Länder erneut der Fremdbestimmung unterworfen werden sollten?

Ich meine nein, und zwar nicht nur aus der reinen sicherheitspolitischen Optik Westeuropas. Auch weitergehende politische Überlegungen sprechen gegen eine derartige Politik des Kompromisses um jeden Preis.

Fundament des Vertrauens

Rufe wie «Es lebe das freie Europa» anlässlich der Demonstration für die Befreiung des nachmaligen tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel dürfen nicht einfach verstummen. Dass sich insbesondere auch Polen mit einer derartigen Halbherzigkeit nicht begnügen kann, darf kaum erstaunen. Höchstens die Blauäugigkeit, mit welcher man Russland im Rahmen dieser «Partnerschaft für den Frieden» in die Sicherheitsgarantie ausgerechnet für Polen einbeziehen wollte. Eine Macht, die während rund zweier Jahrhunderte für Krieg und Teilung Polens die Hauptverantwortung trug!

Abgesehen von der Verpflichtung gegenüber diesem durch so viel Leid belasteten Volk würde

eine solche Regelung aber auch für die Stabilität Europas höchstens Illusionen wecken. Einige dieser Länder haben trotz nicht ganz unerwarteten Rückschlägen wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Westeuropa darf nicht einfach aus Rücksicht auf Drohgebärden Jelzins den Arm aus Mitteleuropa – und zwar weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftlich – zurückziehen.

Die in der Antike und im römischen Recht wurzelnde Tradition und Ordnung der mitteleuropäischen Völker bildet eine historische Hinterlassenschaft, vor der Europa nicht einmal mehr die Augen verschließen darf. Westeuropa läuft sonst Gefahr, Vertrauen und Respekt weiter zu verspielen. Die hochgesteckten Ziele würden rasch zur Makulatur verkommen, wenn das Fundament des Vertrauens durch eine derartige Nachgiebigkeit mehr und mehr einbricht. An welche Werte sollen sich denn die Bürger in Europa noch halten können, wenn diese vor lauter kurzfristiger Taktik laufend relativiert werden?

Neue Handlungsspielräume

«Die Politik ist ein flüssiges Element; sie steht nie still. Jeder Versuch, einem gegenwärtigen Zustand Dauer zu verleihen, war zum Scheitern verurteilt.»

Ein kurzer Blick zurück auf die Geschehnisse in Europa in den vergangenen Jahren erinnert nur allzu deutlich an diesen Gedanken Otto von Bismarcks. Auch noch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde der Wiedervereinigungsartikel in der deutschen Verfassung doch wohl eher als eine Illusion belächelt. Rascher als erwartet haben sich bekanntlich für Europa neue Dimensionen eröffnet. Der Fall der Berliner Mauer 1989 und der zweihundert Jahre nach der Französischen Revolution einsetzende Zusammenbruch der Sowjetunion und somit das Ende des Eisernen Vorhangs haben zu Recht grossen Enthusiasmus ausgelöst.

Europa, durch zwei Weltkriege arg gebeutelt, hat in mannigfacher Hinsicht neue Handlungs-

spielräume zurückgewonnen. Friede und Freiheit für ganz Europa als Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung und Festigung gemeinsamer traditioneller Werte! Die Tür für ein Europa, das, losgelöst von Selbstzweifeln, eine aktive Rolle in der Welt wahrnehmen könnte, war jedenfalls aufgetan.

Rückbesinnung

Europa kommt nicht darum herum, seine neue Rolle endlich auf überzeugende Art und Weise wahrzunehmen, statt sich nur defensiv über den da und dort bedrohlichen Extremismus zu beklagen. Denn, ganz im Sinne des Theologen Karl Barth, es kann eben keinen billigen Frieden geben.

Man darf nicht in schönen Deklamationen steckenbleiben; Weichenstellungen sind überfällig. Dazu braucht es nicht ein Mehr an Zentralismus, sondern den festen Willen, die sicherheitspolitische Aufgabe im Rahmen der Nato im Interesse eines gemeinsamen europäischen Nenners wahrzunehmen.

Diese Rückbesinnung auf die ur-eigenste europäische Verantwortung tut in einer Phase, in der die USA die Gewichtung anderer Regionen verstärken, mehr als not. Ob es dazu eine Neuauflage der 1954 gescheiterten europäischen Verteidigungsgemeinschaft braucht oder ob die Stärkung der danach ins Leben gerufenen Westeuropäischen Union den idealen Weg darstellt, kann vorerst offenbleiben.

Europa jedoch kann nicht einfach beliebig lange den drängenden Fragen der mitteleuropäischen Länder, aber auch der Krise auf dem Balkan ausweichen. So bequem dieser Weg allenfalls heute und morgen sein mag, so rasch könnte Europa übermorgen die Quittung präsentiert bekommen.

Gemeinsamer Markt

Neben dieser notwendigen Renaissance europäischer aussen- und sicherheitspolitischer Leitplanken bedarf es aber auch im wirtschaftlichen Bereich einer Rückbesinnung auf die erfolgs-

entscheidenden Schlüsselemente. Nur wenn es gelingt, an beiden Fronten Terrain zu gewinnen, kann Europa der neuen Rolle gerecht werden.

Ein gemeinsamer europäischer Markt bildet eine der zentralen Voraussetzungen, um im globalen und härter gewordenen Wettbewerb zu bestehen. Handelsschranken, gleich welcher Art, können sich die Staaten Europas schlichtweg nicht mehr leisten.

Reformbedarf im Innern

Die meisten Länder leiden darüber hinaus aber auch an einem immensen Reformbedarf im Innern. Der Staatsanteil am Wirtschaftskuchen ist vielfach überhöht. Dazu kam in den vergangenen Jahrzehnten ein, wie sich nun zeigen sollte, gefährlicher Hang zur Überreglementierung. Innovationen und der zu einer Marktwirtschaft gehörende Strukturwandel wurden dadurch vielerorts auf gefährliche Weise verzögert.

Mehr Markt statt Abschottung und ein Geist der Offenheit zu neuen Technologien sind aber unabdingbar, damit Europa wirtschaftlich wieder besser bestehen und somit auch die politisch gefährliche Sockelarbeitslosigkeit vermindern kann.

In seinem Buch über Aufstieg und Fall wirtschaftlicher Mächte kommt Professor Porter zum Schluss, dass jene Länder, bei denen Besitzstandwahrung und Risikoscheu überhand nehmen, dem Kulminationspunkt nahe seien. Statt dass einem gefährlichen europäischen Zentralismus mit Euronormen auch dort gehuldigt wird, wo es keine braucht, muss es darum gehen, einen Klimawechsel zugunsten eines leistungsstarken Europa herbeizuführen. Ein Europa, in dem mehr Mut zum Markt nicht zur Sonntagshetorik verkommt, sondern selbst über das wirtschaftliche hinaus wieder Sinn und Achtung gewinnt. ■

«Schöner kann man es gar nicht haben»

Yolande Minameyer (78)

Al Parco

Senioren Residenz

Ich möchte das Al Parco – die Alters-Residenz der Winterbur-Leben mitten in Locarno – gerne kennenlernen. Senden Sie mir bitte weitere Informationen.

Vorname, Name

Strasse, Nr.

PLZ/Ort

Coupon bitte senden an: Residenza

Al Parco, Via S. Gottardo 8,

6600 Muralto/Locarno,

Tel. 093-33 78 33, Fax 093-33 78 36.

Rollende Programmarbeit

Die FDP ist ständig à jour. Seit einiger Zeit hat sie vom System der Programmearbeit alle vier Jahre zum System der rollenden Planung gewechselt. Folgende Positionspapiere können gratis bestellt werden:



- Ich bestelle _____ Ex. **Neutralität**
 _____ Ex. **Finanz- und Steuerpolitik**
 _____ Ex. **Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organismen**
 _____ Ex. **Tourismus**
 _____ Ex. **Wohnen**
 _____ Ex. **Entwicklungshilfe**
 _____ Ex. **Landwirtschaftspolitik**
 _____ Ex. **Perspektiven liberaler Lebensgestaltung**

Name: _____ Vorname: _____

3/95

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

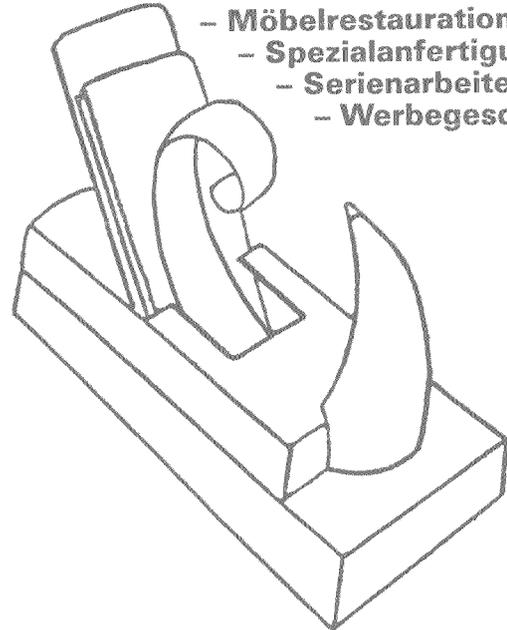
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

BEHINDERTENWERK ST. JAKOB



Holzbearbeitungen

- Möbelrestauration
- Spezialanfertigungen
- Serienarbeiten
- Werbegeschenke



Kanzleistrasse 18
8026 Zürich



Telefon (01) 295 93 93
Fax (01) 295 93 95

Schutzmarke
für gemeinnützige
Institution

Volksabstimmung 12. März

Zukunftschancen unserer Landwirt- schaft sichern.

3x Ja

- Verfassungsartikel
- Milchwirtschaftsbeschluss
- Solidaritätsbeiträge

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei

Gut gerüstet

Auch 1994 hatten die FDP-Frauen Schweiz ein gerütteltes Mass an Arbeit zu bewältigen, wie der Jahresbericht von Präsidentin Franziska Frey-Wettstein zeigt. 10. AHV-Revision, Fristenlösung, Mutterschaftsversicherung, Gleichstellungsgesetz, Tagesschulen, Blockzeiten und die Vorbereitungen für das Wahljahr 1995 standen im Mittelpunkt der Tätigkeit.

Franziska Frey-Wettstein*



Franziska Frey-Wettstein blickt auf ein arbeitsintensives Jahr zurück.

Im Berichtsjahr trat der Vorstand zu acht Sitzungen zusammen. Die Präsidentinnenkonferenz wurde zu zwei Sitzungen einberufen. Ständerätin Christine Beerli informierte unter anderem über die 10. AHV-Revision. Die FDP-Frauen beschlossen, sich für alle Teile dieser Vorlage, auch für die Erhöhung des Rentenalters, vollumfänglich einzusetzen und sich aktiv am Abstimmungskampf zu beteiligen.

Die Arbeit der Räte wurde in bezug auf Frauenthemen weiter kritisch begleitet. Die Initiative Haering Binder zur Fristenlösung und das langwierige Differenzbereinigungsverfahren von National- und Ständerat beim Gleichstellungsgesetz veranlassten uns, mehrmals schriftlich gegenüber den Räten und der Presse unsere Unterstützung

* Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz und Kantonsrätin Zürich.

beider Vorlagen zu unterstreichen.

Tagungen

Die Tagung «Frauen zwischen Familie und Beruf» vom 27./28. Mai 1994 in Baden, mit Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth als Hauptreferentin, war ein voller Erfolg. 400 Frauen und Männer waren anwesend. Die Resultate der Arbeitsgruppen zeigten einmal mehr, dass das Thema Tagesschulen/Blockzeiten für alle Frauen von vordringlicher Bedeutung ist. Eine spezielle Arbeitsgruppe erarbeitet zurzeit unsere Stellungnahme zu diesem Thema, die in einem «lose Blatt» erscheinen wird. Eine weitere Tagung zu diesem Thema ist nach den Sommerferien 1995 geplant.

An der Generalversammlung vom 27. Mai 1994 beschlossen die anwesenden Frauen nach einer vorgängigen schriftlichen Mitgliederbefragung einstimmig, die «Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen Schweiz» (SVFF) umzubenennen in «Freisinnige Frauen Schweiz». Auch der neue Name wird in die drei Landessprachen übersetzt. Die neue Werbebroschüre wurde sehr positiv aufgenommen. Trotzdem erweist sich das Anwerben von neuen Gruppen als Mitglieder als recht mühsam.

Mutterschaftsversicherung

Eine Umfrage unter den Präsidentinnen der FDP-Frauen Schweiz zeigte, dass die Einführung einer Mutterschaftsversicherung für alle einstimmig gewünscht wird. Die CVP, SVP und FDP-Frauen Schweiz stellten sich an einer Pressekonferenz grund-

sätzlich hinter die Idee einer Mutterschaftsversicherung. Sie kritisierten den Entwurf des Bundesrates insofern, als geplant ist, die Leistungen nicht an alle Frauen, sondern lediglich an die berufstätigen auszurichten.

Die Präsidentinnen der drei Parteien sind der Meinung, dass die Solidarität unter den Frauen, aber auch die Solidarität der Gesellschaft gegenüber werdenden Müttern wichtige Grundprinzipien für Mutterschaftsleistungen darstellen. Die Anerkennung der Mutterschaft und nicht die geltende unbefriedigende Wertung von bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit muss ins Zentrum

gerückt werden. Die FDP-Frauen Schweiz gehen einig mit der FDP der Schweiz, dass die Beiträge nicht über Lohnprozente, sondern über die Mehrwertsteuer erhoben werden sollten.

Wahlfest

Im Zeichen der Nationalratswahlen planen wir zusammen mit den CVP- und den SVP-Frauen Schweiz am 16. September 1995 im Albisgütli in Zürich ein Frauen-Wahlfest mit dem Ziel, die Wahlchancen der bürgerlichen Frauen zu stärken und zwischen bürgerlichen Männern und Frauen Solidarität zu demonstrieren. ■



FDP-Frauen auf dem Weg nach oben.

FACHTAGUNG

Bildung und Forschung

«Bildung und Forschung – Bausteine für eine Schweiz mit Zukunft»: So lautet der Titel einer Fachtagung, welche die FDP der Schweiz am 18. März 1995 an der Universität Bern durchführt (9.30 Uhr – 16.00 Uhr).

Im Laufe des vormittäglichen Programms werden Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Nationalrat Franz Steinegger, Parteipräsident der FDP der Schweiz, Werner Arber, Professor für Mikrobiologie am Biozentrum der Universität Basel und Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates, und Jean-Luc Nordmann, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, mit Referaten in die Thematik einführen.

Im Anschluss daran werden sich die Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer unter der Leitung freisinniger Persönlichkeiten im Rahmen von Arbeitsgruppen mit aktuellen Themen aus Bildung, Wis-

senschaft und Forschung befassen. Geplant sind Workshops zu folgenden Fragestellungen:

- 1: Bildung – Schlüssel zu Freiheit und Verantwortung im liberalen Staat
- 2: Anforderungen an die obligatorische Schule der Zukunft
- 3: Revitalisierung der Berufsbildung: Berufsmaturität und Fachhochschulen: Qualifikationen für die Arbeitswelt von morgen
- 4: Hochschul-, Forschungs- und Wirtschaftsplatz Schweiz im internationalen Wettbewerb
- 5: Permanente Ausbildung als Antwort auf die Herausforderungen der Zeit

Die Tagung wird abgeschlossen mit einem Podiumsgespräch der Arbeitsgruppenleiterinnen und -leiter (Leitung: Nivardo Ischi, Generalsekretär der Schweizerischen Hochschulkonferenz) und einer abschliessenden Synthese von Professor Rolf Dubs, Hochschule St. Gallen.

Talon

Ich interessiere mich für die Fachtagung:

Name: _____ 3/95

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bevorzugte Arbeitsgruppe: 1 2 3 4 5

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte Anmeldung bis spätestens 13. März einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51

VORANZEIGE

Europadiskussion

An der ordentlichen Delegiertenversammlung, am 21. und 22. April 1995 im Casino Kursaal in Interlaken, steht neben den Abstimmungsvorlagen vom Juni (AHV und eventuell Lex Friedrich und Gatt) der europapolitische Kurs der FDP auf dem Programm. Alle Mitglieder sind zu dieser Debatte herzlich eingeladen.

Die ordentliche Delegiertenversammlung beginnt am Freitag, dem 21. April 1995, um 14.30 Uhr. Die statutarischen Geschäfte werden am nächsten Tag behandelt, ebenso die Abstimmungsvorlagen vom Juni, die zum Zeitpunkt des Redak-

tionsschlusses vom Bundesrat noch nicht definitiv festgelegt waren.

Bitte reservieren Sie sich das Datum dieser Veranstaltung. Die vollständige Einladung finden Sie im nächsten «Freisinn».

SEMINAR

Kandidatenschulung Wahlen 1995

Für die eidgenössischen Wahlen 1995 organisiert die FDP der Schweiz wiederum zwei Kandidatenseminare. An den zweitägigen Seminaren werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer argumentativ und kommunikativ geschult. In kleinen Arbeitsgruppen werden unter der Leitung

von Politikern die Wahlkampfthemen der FDP erläutert und diskutiert. Am zweiten Tag stehen medienwirksames Schreiben und Radiostatements auf dem Programm.

Teilnehmen können Kandidatinnen und Kandidaten für die National- und Ständeratswahlen.

- 1. Seminar: 19./20. Mai 1995 in Horgen ZH
- 2. Seminar: 30. Juni/1. Juli 1995 in Thun BE

Unterlagen und Anmeldeformulare können beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51, bezogen werden.

Parolen

Für die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 12. März 1995 haben die Delegierten der FDP der Schweiz folgende Parolen gefasst:

Verfassungsartikel über die Landwirtschaft	
Delegiertenversammlung: einstimmig	JA
Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses	
Delegiertenrat: 29 Ja gegen 1 Nein bei 6 Enthaltungen	JA
Änderung des Landwirtschaftsbeschlusses	
Delegiertenversammlung: 104 Ja gegen 26 Nein	JA
Ausgabenbremse	
Delegiertenversammlung: einstimmig	JA

Junge stärker motivieren

Die FDP muss es als absolut notwendig erachten, eine aktive Förderung und Motivierung von Jungen zu betreiben, die die neue Politikergeneration auf ihre Aufgaben vorbereitet. Die Partei muss das Betätigungsfeld bieten, welches für die Aneignung des nötigen politischen «Know how» Voraussetzung ist.

Oliver Baký*

Es ist die heutige Jugend, die mit den zukünftigen Auswirkungen der gegenwärtigen Politik leben müssen, deshalb ist die frühe sukzessive Integration von Jungen ins politische Arbeits- und Wirkungsfeld einer Partei wichtig und die Voraussetzung für eine zukunftsorientierte und zukunftsgerichtete Politik. Dies kann nur durch eine generelle Steigerung des Interesses an der Arbeit der Jungen geschehen.

Nachwuchsförderung

Die FDP muss den Erfahrungswert eines Jungpolitikers, der schon mit dreissig eine bis zu zehnjährige Auseinandersetzung mit den Abläufen und Problematiken der Parteiarbeit und eine entsprechende politische Erfahrung vorweisen kann, besser nutzen, indem sie bewusst Nachwuchsförderung betreibt.

Dabei muss sie die Entscheidungsfreiheit des Jungpolitikers und auch der Jungpartei akzeptieren und respektieren. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eines politischen Verantwortungsbewusstseins des Jungpolitikers, der dadurch lernt, seine Meinung argumentativ zu vertreten, und sich somit eine gewisse politische Geradlinigkeit aneignen kann. Nennenswert ist die gewisse Flexibilität und Konsensbereitschaft des Jungpolitikers, welche bedürfnis- und problemgerechte Politik überhaupt erst ermöglicht. Wenn man sich diesen «politischen Stil» nicht bereits in



Oliver Baký plädiert für eine bewusstere Förderung junger freisinniger Männer und Frauen.

jugen Jahren aneignet, wird man dies mit grosser Wahrscheinlichkeit gar nicht mehr tun.

Sachkenntnis nutzen

Es ist wichtig, junge Frauen und Männer innerhalb der Partei zu fördern und zu motivieren und ihre Sachkenntnisse bewusster zu nutzen, denn Junge sind in bezug auf gewisse aktuelle Themen wie z. B. Drogen, Bildung, Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität oder Umweltschutz sensibilisierter als ihre älteren Kollegen und setzen sich oft häufiger mit diesen Themen auseinander.

Junge werden im Alltag teilweise mit den konkreten Auswirkungen der Politik konfrontiert und sind deshalb auch durchaus imstande, pragmatische Lösungsansätze vorzubringen, die auch praktikabel sind. Durch die sukzessive Integration von Jungpolitikern in die Mutterpartei

SOMMERUNIVERSITÄT

Bundespolitiker im Gespräch mit Jugendlichen

Der Ausschuss für Jugendpolitik der FDP Schweiz organisiert jedes Jahr eine exklusive Ausbildungswoche für Jugendliche. Den Jugendlichen stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarier und Parlamentarierinnen zur Verfügung.

Letztes Jahr, an der ersten Sommeruniversität, begegneten die Jugendlichen nicht nur *Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz* und *Bundeskanzler François Couchepin*, sondern auch *fünf Ständeräten* und *elf Nationalräten*. Die Brücke zwischen den Jugendlichen und den sonst nur aus den Medien bekannten Politikern und Politikerinnen wurde sehr schnell geschlagen, und es fanden aufschlussreiche und offene Gespräche statt.

Vom *21. bis 25. August 1995* wird in Neuenburg die zweite Sommeruniversität durchgeführt. Sie steht wieder allen politisch interessierten Jugendlichen

(keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen *18 und 28 Jahren* offen. Die Diskussionen und Gespräche finden auf französisch und deutsch statt. Es haben sich bereits einige *prominente FDP-Persönlichkeiten* bereit erklärt, dieses Jahr den Jungen Red und Antwort zu stehen. Bleibt zu hoffen, dass dieses vielversprechende Angebot von den Jugendlichen genutzt wird.

Telefonische Auskünfte bei *Blaise Roulet*, Sekretär Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 031/311 34 38), oder bei *Stefan Fritschi*, Mitglied Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 052/213 45 36).

Provisorische Anmeldung

Ich melde mich hiermit provisorisch an für die zweite FDP-Sommeruniversität vom 21. bis 25. August 1995. Die Kosten betragen etwa Fr. 250.- (Kost und Logis inbegriffen).

Name: _____

Vorname: _____

3/95

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Beruf: _____

Jahrgang: _____

Sprache: Französisch Deutsch

Politische Tätigkeit: _____

Talon bis spätestens **31. Mai 1995** einsenden an FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51 (**Teilnehmerzahl beschränkt**). ■

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

werden gewisse wichtige Anliegen mehr ins Zentrum gerückt, als dies sonst der Fall wäre.

Um die aktuellen und zukünftigen politischen Aufgaben längerfristig befriedigend lösen zu können, braucht es in der Politik, entsprechend der ungefähren Altersstruktur der Bevölkerung, nebst einem ausgewogenen Ver-

hältnis an Frauen und Männern ebenso ein ausgewogenes Verhältnis an Jung und Alt.

Differenzierungsbereitschaft

Die FDP als liberale Partei mit breitem Meinungsspektrum muss sich in einer Zeit, wo polarisierende und Populismus betreibende Parteien mit ihren zu einfachen, holzschnittartigen

und wenig konstruktiven, dafür aber um so anschwärzenderen Aussagen grossen Zulauf haben, bewusst sein, wie wichtig heutzutage die Förderung von gemässigten Jungpolitikern mit Differenzierungsbereitschaft ist.

Das bloss öffentliche Anprangern von Missständen darf auch bei einigen Jungen nicht weiter mit der Legitimation eines parteipolitischen Credos mit Erfolg betrieben werden. Es liegt an uns Liberalen, diese «Negativpolitik» mit differenzierter und dennoch verständlicher «Positivpolitik», die umfassende Lösungsperspektiven aufzuzeigen versucht, zum Ersticken zu bringen.

Jungpolitiker sind gewohnt, dass in der Politik der Aufwand immer grösser ist als der Ertrag. Deshalb ist für Jungpolitiker als Triebfeder für immer neue Taten ein gewisser Idealismus unerlässlich. Es ist dieser gewisse Idealismus, der, gepaart mit Augenmass, die Integrität eines Politikers ausmacht und ihn auszeichnet.

Massnahmen

In der Praxis kann konkret folgendes unternommen werden, um die Jungpartei und ihre Exponenten mehr in den politischen Alltag mit einzubeziehen und ihr/ihnen die benötigte Akzeptanz entgegenzubringen:

- Mehr finanzielle Unterstützung der Jungpartei für eine aktivere und agilere politische Arbeit
- Sukzessivere Integration der Jungen in Kommissionen, Arbeitsgruppen und als Referenten in Podiumsdiskussionen.
- Mehr gemeinsame Veranstaltungen (FDP und Jungpartei) in der Öffentlichkeit, zu Themen, die Junge verstärkt ansprechen.
- Traktandum «Jugendförderung» regelmässig an der Kantonalparteipräsidentenkonferenz ausdiskutieren und konkrete Schritte beschliessen und koordinieren.

Durch diese Massnahmen kann man u. a. die bestehende Meinung der Jungen, die FDP sei eine erzkonservative Partei, in der für die Anliegen Junger kein Platz sei, positiv beeinflussen und somit auch ein neues Wählersegment auf offene Art und Weise ansprechen.



Staatsverschuldung

**Start ins Leben.
Mit Fr. 17'500.-
Staatsschulden.**

Staatsdefizite verpfänden die Zukunft. Heute sind es Fr. 17'500.- Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung, jährlich steigend um Fr. 2500.-. Was wir heute zuviel ausgeben, schränkt die Gestaltungsfreiheit der jungen Generation ein. Ein wichtiger Grund, gegen die heutige Defizitwirtschaft anzutreten.

Verantwortung übernehmen.

Abstimmung vom 12. März über den Verfassungsartikel:

Ausgabenbremse JA.



Freisinnig-Demokratische Partei

Parolen

Der Delegiertenrat der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) behandelte die Abstimmungsvorlagen vom 12. März 1995.

Zuerst waren die drei Landwirtschaftsthemen traktandiert. Gast war Nationalrat Christian Wanner, Präsident des Landwirtschaftsausschusses der FDP der Schweiz und ehemaliges JBS-Mitglied. Nach seinem ausführlichen Referat kamen zahlreiche Fragen der Delegierten. Beginnend mit den Abstimmungsthemen wurde über mehrere Aspekte der Agrarpolitik lange diskutiert: Bauer als freier Unternehmer, Landwirtschaft und EU-Beitritt, Gatt, Motivierung der jungen Bauern, Umweltgerechtigkeit, ökologische und biologische Produktion, Probleme bezüglich der Überproduktion.

Die Delegierten betonten, es sei nötig, in diesem Bereich den Mut zu haben, etwas in Richtung Markt zu machen. Der Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft» sowie die Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses 1988 wurden angenommen. Die Änderung des Landwirtschaftsgesetzes wurde jedoch von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Frank Renggli, Zentralvorstand der JBS, stellte dann die Ausgabenbremse vor. Nach kurzer Diskussion entschieden sich die Delegierten einstimmig für die Ja-Parole. ■

Gärten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

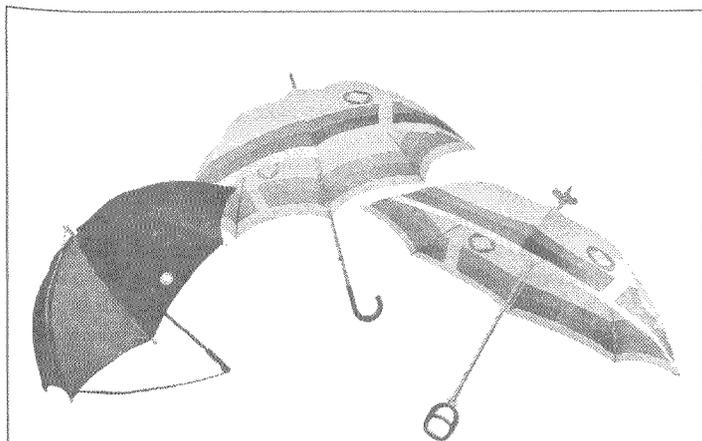
Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Gärten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

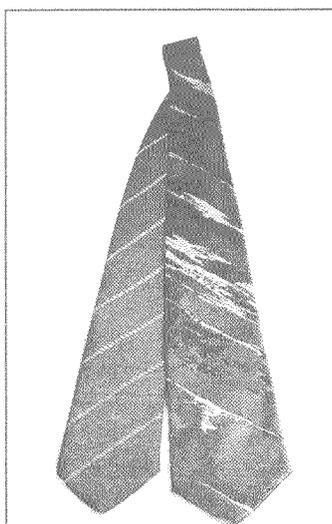
Chic und praktisch

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-eleganten «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Bestellen Sie jetzt! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt

ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Dieses Jahr sind eidgenössische Wahlen. Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



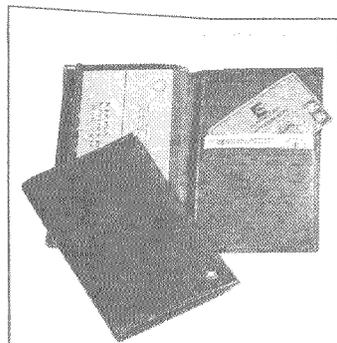
Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.



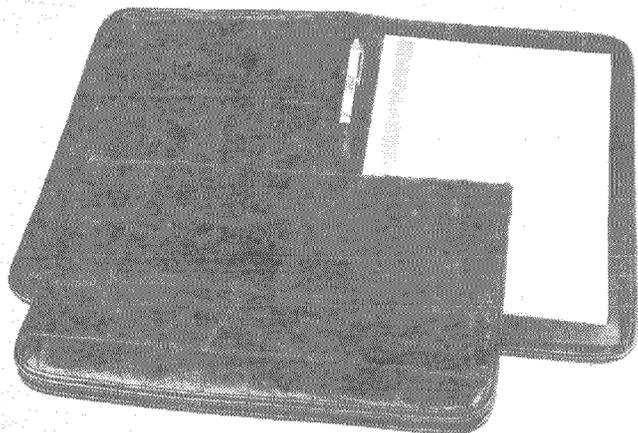
Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda für 1995 aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.

Talon

Ich bestelle:

- ___ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- ___ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- ___ Ex. Doppelschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- ___ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- ___ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- ___ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: _____

3/95

Vorname: _____

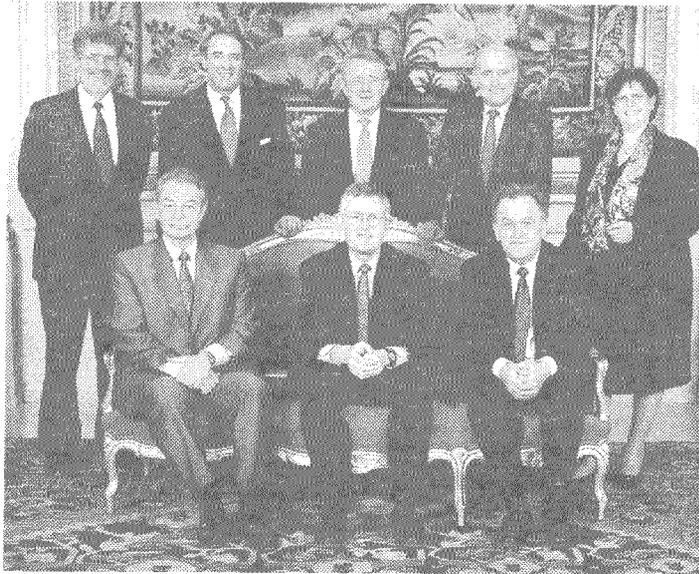
Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Handwritten signatures of the seven members of the Federal Council, including names like Koller, Lehmann, and others.

Neue Autogrammkarte

Auf Grund der regen Nachfrage hat die Bundeskanzlei beschlossen, dieses Jahr wiederum eine Autogrammkarte des Bundesrates 1995 herauszugeben. Der Farbdruck erscheint zum dritten Mal und zeigt die sieben Mitglieder des Bundesrates in protokollarischer Reihenfolge sowie den Bundeskanzler und enthält die Unterschriften der Abgebildeten. Die Auflage beträgt 3500 Exemplare. Die Autogrammkarte kann unter Beilage einer adressierten Klebeetikette beim Informationsdienst der Bundeskanzlei, 3003 Bern, bezogen werden.

FDP-STANDPUNKT

Europapolitische Grundsatzdebatte

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung debattierte heute an ihrer vorseSSIONalen Sitzung Ende Februar 1995 in Bern ausführlich über die europapolitische Standortbestimmung der FDP der Schweiz.

Im Rahmen der Programmarbeit hat der aussenpolitische Ausschuss der FDP der Schweiz das Kapitel «Aussenpolitische Grundsätze» überarbeitet und aktualisiert. Die schweizerischen Delegierten werden das Papier an ihrer ordentlichen Versammlung am 21. April 1995 in Interlaken diskutieren und verabschieden.

Die freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier stimmen dem FDP-Papier im Grundsatz zu und halten am pragmatischen Kurs der Partei fest. Sie betonten, dass die bilate-

ralen Verhandlungen mit aller Kraft geführt werden müssen. Ziel muss ein erfolgreicher Abschluss sein. Gleichzeitig soll die Schweiz aus eigener Kraft möglichst umfassend an den europäischen Binnenmarkt andocken. Einen EU-Beitritt erachtet die FDP-Fraktion zum heutigen Zeitpunkt für verfrüht. Für die Beantwortung dieser Frage wird die Weiterentwicklung der EU (Regierungskonferenz 1996) von Bedeutung sein.

Die Partei will die innenpolitische Diskussion aus der gegenwärtigen Pattsituation herausführen und in eine konstruktive Richtung lenken, bei der das Gesamtinteresse des Landes im Zentrum steht. Was heute dringend not tut, ist ein zukunftsgerichteter, sachbezogener Dialog unter allen jenen, die sich zur Schweiz bekennen und an eine Zusammenarbeit der Schweiz im internationalen Umfeld glauben.

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar (ausser Nr. 2-3/94):

- _____ Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- _____ Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- _____ Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- _____ Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- _____ Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»
- _____ Ex. Nr. 2-3/94: «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» (à Fr. 15.-)
- _____ Ex. Nr. 4/94: «15 Thesen der FDP für eine gesamtheitliche Alterspolitik»

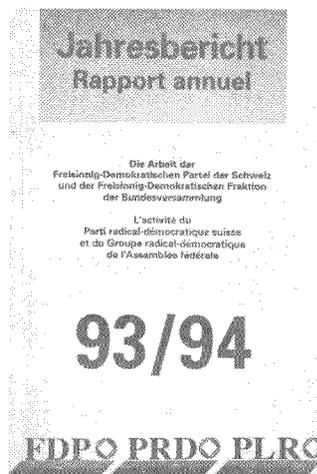
Name: _____ Vorname: _____ 3/95

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte senden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

Die Arbeit der FDP



Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 93/94

(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Name: _____

Vorname: _____ 3/95

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden an:
FDP-Generalsekretariat
Postfach 6136
3001 Bern
Fax (031) 312 19 51



Karikatur Andreas Töns

Vernünftige Drogenpolitik statt Polemik

Kantonsrat Walter Bosshard, Präsident FDP ZH

Die seit langem erwartete Räumung des Letten ist erfolgt. Eines der Risiken ist, dass angesichts bevorstehender Wahlen verschiedene Parteien versuchen könnten, sich mittels dieses Themas zu profilieren. Von einem solchen Vorgehen distanziert sich die FDP des Kantons Zürich in aller Form: Das Problem, welches es zu lösen gilt, ist ein vielschichtiges, nicht zuletzt menschliches und soziales Problem. Um seiner Herr zu werden, sind Anstrengungen aller verlangt, über Partei-, Gemeinde- und Kantonsgrenze hinaus.

«Letten räumen!» – ein wichtiger Schritt

Nach der Räumung des Platzspitzes wurde versucht, die Bildung einer neuen offenen Drogenzone zu verhindern. Dieser Versuch scheiterte nicht zuletzt deshalb, weil die repressiven Mittel nicht ausreichten. Das Endergebnis war die Bildung einer neuen, nicht minder schrecklichen Szene im Lettenareal, nahe an Wohnquartieren der Stadt Zürich. Die Forderung nach der «Räumung» des Lettenareals war deshalb gerechtfertigt. Die Erarbeitung eines differenzierten Konzeptes aber, welches verhindern sollte, dass sich die gleichen Fehler noch einmal wiederholen, erforderte ebenso wie die Umsetzung in den Gemeinden grosse Anstrengungen und nahm viel Zeit in Anspruch.

Populismus, der simple Forderungen stellt, um anschliessend die nötigen Mittel zur Erfüllung der gestellten Forderungen zu verweigern, hat der Arbeit an einer konstruktiven Lösung ebenso sehr geschadet wie Widerstand der Linken, welcher zahlreiche Volksentscheide über Elemente einer kohärenten Drogenpolitik erzwang. In diesem Zu-



Walter Bosshard

sammenhang ist an den Widerstand gegen die Zwangsmassnahmen, die nun effizienteres Vorgehen gegen einen grossen Teil der Dealer ermöglichen, ebenso zu erinnern wie an die Abstimmung über das Polizeigefängnis auf der Kasernenwiese.

Der «dritte Weg»

Die FDP hat sich nachdrücklich für einen «dritten Weg» eingesetzt, der verschiedene Instrumente kombiniert, statt sie gegeneinander auszuspielen. Dieser Weg sollte nicht nur in bezug auf die Linderung des Drogenproblems erfolgversprechend, sondern auch politisch durchsetzbar sein.

Heute dürfen wir feststellen, dass die Räumung des Letten gut vorbereitet wurde. Auf allen Ebenen wurden die nötigen praktischen Voraussetzungen geschaffen: Auf eidgenössischer Ebene genehmigte das Volk die Zwangsmassnahmen deutlich, auf kantonaler Ebene stehen unter anderem die notwendigen Gefängnisplätze bereit, und in unzähligen Gemeinden wurden die dringend notwendigen Auffangvorrichtungen eingerichtet.

Problem gelöst?

Mit der Schliessung des Letten verschwindet das Drogenproblem nicht von der Welt. Es ist auch zu komplex, als dass der

Kanton Zürich es allein lösen könnte. An den erreichten Fortschritten muss auf allen Ebenen weitergearbeitet werden, gerade im Bereich der fürsorglichen Freiheitsentziehung und der Therapiemotivation. In erster Linie aber sind nach der definitiven Schliessung des Letten die Bürger des Kantons Zürich gefordert,

gemeinsam alles zu unternehmen, dass den bereits getroffenen Massnahmen der grösstmögliche Erfolg beschieden sein wird. Erstmals können konkrete und wirksame Schritte unternommen werden. Die FDP verspricht sich davon mehr als nur eine spürbare Besserung der Lage. Es darf im Kanton Zürich künftig nirgendwo mehr eine offene Drogenzone entstehen.

Dieses Ziel muss erreicht werden, und es wird nicht das Ergebnis einer populistischen Jagd nach Lorbeeren, sondern das Resultat konstruktiver Politik sein. ■

WAHLEN

Eingeschlagenen Weg einer zukunftsorientierten Politik weitergehen

Die FDP Baselland hat bei den kantonalen Wahlen am 19. Februar 1995 ihre zwei bisherigen Regierungsräte Hans Fünfschilling und Andreas Koellreuter bestätigt, jedoch im Landrat zwei der bis anhin 27 Sitze verloren.

Erwartungsgemäss sind Hans Fünfschilling und Andreas Koellreuter vom Baseliener Stimmvolk wiedergewählt worden. Der Stimmbürger hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die bisherige Regierung (1 CVP, 2 FDP, 2 SP) für weitere vier Jahre im Amt bleiben soll. Als Überraschung kann gewertet werden, dass die einzige Frau in der Regierung, Elisabeth Schneider, ihre männlichen Kollegen stimmenmässig derart deutlich hinter sich gelassen hat, obwohl – oder gerade weil – sie erst seit sieben Monaten der Exekutive angehört.

Weiterhin stärkste Fraktion

Im Landrat wird die FDP für die nächste Legislaturperiode weiterhin stärkste Fraktion bleiben. Mit dem Verlust der zwei Sitze wurde das Wahlziel jedoch nicht erreicht. Es sind diejenigen Sitze verlorengegangen, die 1991 knapp dazugewonnen worden sind. Die Hoffnungen, dass dafür einzelne Wahlkreise

ein weiteres Mandat erringen könnten, wurden nicht erfüllt.

Erfreulicherweise konnte die FDP Baselland ihre Frauenvertretung von sechs Landrätinnen in den Landratswahlen beibehalten, obwohl der Frauenanteil insgesamt gesunken ist. In fünf Wahlkreisen erscheinen zudem FDP-Frauen als Erstanrückende.

Die Ausmarchung der Sitze hat folgendes Resultat ergeben: CVP –2, FDP –2, SD+2, SP +2, SVP +2, Grüne –2. In einer ersten Beurteilung kann einerseits eine leichte Verschiebung nach rechts ausgemacht werden; die Gewinne der Sozialdemokraten bestätigen andererseits die Annahme, dass in einer Zeit der Verunsicherung und der wirtschaftlichen Rezession links und rechts der Mitte zugelegt wird.

Fazit

Mit einer bürgerlichen Mehrheit in der Regierung und mit der stärksten Fraktion im Landrat wird die FDP Baselland in den nächsten Jahren die Politik im Kanton entscheidend mitprägen. Wir werden den eingeschlagenen Weg einer zukunftsorientierten Politik weitergehen und sehen den Nationalratswahlen mit Optimismus entgegen. *Beat Mayer, Sekretär FDP Baselland*